

Visegrád-Staaten setzen Merkelpolitik Grenzen



☒ Ungarn, Polen und die anderen Visegrad-Staaten setzen dem deutschen ‚Merkel befiehl, wir folgen!‘ praktische europäische Solidarität und Zusammenarbeit bei der Grenzsicherung entgegen. Über die Kooperation an der ungarischen Grenze berichtete die polnische Zeitung „Dziennik„. Da solche Meldungen bekanntermaßen von der deutschen Lückenpresse mit einem Naserüpfen übersehen werden, geben wir den kompletten Bericht hier auf Deutsch wieder:

Polnische Polizisten und Grenzschützer haben Dienst in Ungarn aufgenommen

Ein Kontingent von 49 polnischen Polizisten und Grenzschützern hat den Dienst an der Grenze zu Serbien im Komitat [Ungarische regionale Verwaltungseinheit, Anm. PI] Csongrad im Süden Ungarns aufgenommen, wie die Agentur MTL berichtet.

Im Rahmen der Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten bei der Grenzsicherung sind am Sonntag 25 polnische Polizisten und 24 Grenzschützer in Ungarn angekommen. Ihre Aufgabe besteht in der Bewachung der grünen Grenze zwischen Punkten, an denen man noch zeitweise den errichteten Grenzzaun zu Serbien überschreiten kann. Sie patrouillieren an der Grenze zu Fuß und mit Fahrzeugen.

Die polnische Polizisten und Grenzschützer werden ihre

Aufgaben an der serbisch-ungarischen Grenze bis zum 29. Oktober verrichten. Dabei benutzen sie ihre eigene Ausrüstung und eigene Uniformen. Im Einsatz sind auch Infrarot-Kameras.

Das erste 50-köpfige Kontingent polnischer Grenzbeamter hielt sich vom 5. November bis 3. Dezember des vergangenen Jahres in Ungarn auf. Die Grenzschützer halfen bei der Sicherung der serbisch-ungarischen Grenze. Sie arbeiteten in zwei Schichten – ihre Aufgabe bestand in gemeinsamen Patrouillen, dem Anhalten von Menschen, die illegal die Grenze überquerten und auch in der Beobachtung dessen, was an der Grenze passierte. Polen patrouillierten gemeinsam mit Polizisten aus Ungarn, der Slowakei und Tschechien sowie mit ungarischen Soldaten.

Obwohl Ungarn im vergangenen Jahr an der Grenze zu seinen südlichen Nachbarn einen Zaun mit Stacheldraht errichtet hatte und der Zustrom von Flüchtlingen erheblich nachließ, kommt immer noch eine erhebliche Anzahl ins Land, hauptsächlich über die Grenze zu Serbien.

Am 5. Juli führte Ungarn deshalb die so genannte vertiefte Bewachung der Grenze ein: Einwanderer, die in einem 8 Kilometern vor der Grenze zu Serbien oder Kroatien gelegenen Streifen aufgegriffen werden, werden zum nächstgelegenen Grenzübergang transportiert und in die Übergangszone gebracht.

Nach den neuesten Daten der Staatskanzlei sind seit Anfang des Jahres mehr als 17.940 Personen illegal nach Ungarn gelangt. Die Mehrheit (fast 10.000) waren afghanische Staatsbürger.

Wie man sieht, teilen diese Staaten nicht nur die gemeinsamen europäischen Werte wie Freiheit, Sicherheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau oder Ablehnung von Faschismus und Scharia-Islam. Sie sind auch bereit, Mühen auf sich zu nehmen, um sich und andere vor den von Merkel angelockten Wohlstandstouristen zu schützen.

(Übersetzung: PI)